

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 10. Sitzung (18. TA)

des Ausschusses für Soziales,

Gesundheit und Senioren

am Montag, 11.04.2016, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 5. OG,
Sitzungsraum Wupper (5.07)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

Anwesend

CDU

Stefan Hebbel

Rudolf Müller

Sebastian Newiadomsky

Irmgard von Styp-Rekowski

Vorsitzender

in Vertretung für Rf. Ursula Monheim

SPD

Andrea Lunau

Eva Lux

Thomas Schorn

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stefan Baake

Zöhre Gürkali

BÜRGERLISTE

Peter Viertel

OP

Petra Goldkamp

PRO NRW

Markus Beisicht

FDP

Friedrich Busch

Soziale Gerechtigkeit

Dietmar Schaller

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Dragica Stojanovic

Beratende Mitglieder gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII):

Manfred Hans	Arbeiterwohlfahrt
Wolfgang Klein	Caritas
Gerhard Marzinkowski	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Harald Mohr	Behindertenbeirat

Verwaltung:

Markus Märtens	Dezernat III, Bürger, Umwelt und Soziales
Katrin Arndt	Dezernat III, Bürger, Umwelt und Soziales
Helga Vogt	Soziales (50)
Dr. Hans-Eckhardt Linstaedt	Medizinischer Dienst (53)

Schriftführung:

Eva-Maria Henßen	Soziales (50)
------------------	---------------

es fehlen entschuldigt:

CDU

Tim Feister
Ursula Monheim

SPD

Wiegand Kuckelkorn

DIE LINKE

Hans-Peter Kumpfert

Beratende Mitglieder gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII):

Hans Höroldt	Diakonie
Dr. Josef Peters	Deutsches Rotes Kreuz

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung

Seite

1 Eröffnung der Sitzung..... **Fehler! Textmarke nicht definiert.**

2 Genehmigung von Niederschriften **Fehler! Textmarke nicht definiert.**

3 Runder Tisch zur Wohnungsvergabe - Antrag des Rh. Lindlar
(Einzelvertreter) vom 29.01.16 - Nr.: 2016/0948 - m. erg. Schreiben vom
11.04.16 **Fehler! Textmarke nicht definiert.**

4 Gesundheitsfachplan Teilfachplan Hilfen für Bürgerinnen und Bürger der
Stadt Leverkusen mit psychischen Problemen und Erkrankungen - Nr.:
2016/0995 **Fehler! Textmarke nicht definiert.**

Information zur Situation der Flüchtlinge in Leverkusen**Fehler! Textmarke nicht definiert.**

Bericht des Dezernenten **Fehler! Textmarke nicht definiert.**

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 02/2016)**Fehler! Textmarke nicht definiert.**

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Rh. Stefan Hebbel (CDU) eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung von Niederschriften

Rh. Viertel (BÜRGERLISTE) bemängelt in der Niederschrift der 9. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren vom 01.02.2016 unter TOP 3 die Formulierung „Die Vorlaufzeiten sind schlüssig“. Nach kurzer Diskussion besteht Konsens im Ausschuss, dass die Formulierung wie folgt abgeändert wird:

„Die Vorlaufzeiten seien schlüssig.“

Die Niederschrift über die 9. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren vom 01.02.2016 wird mit der vorgenannten Änderung zustimmend zur Kenntnis genommen.

3 Runder Tisch zur Wohnungsvergabe

- Antrag des Rh. Lindlar (Einzelvertreter) vom 29.01.16
- Nr.: 2016/0948
- m. erg. Schreiben vom 11.04.16

Der Antragsteller Rh. Lindlar (Einzelvertreter) ist nicht anwesend.

Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt an, dass der Antrag nicht abstimmungsfähig ist, da es sich eigentlich um 2 Anträge handelt. Das Anliegen an sich ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, es fehle jedoch ein vollständiger Einblick in das Thema „Betreutes Wohnen“. Immerhin gäbe es 13 – 14 verschiedene Träger in Leverkusen, die im Bereich des betreuten Wohnens tätig sind.

Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt folgenden Änderungsantrag:
Die Verwaltung wird beauftragt, eine Einschätzung aller in Leverkusen tätigen Träger im Bereich des betreuten Wohnens einzuholen und die aktuelle Situation darzustellen.

Eine Beurteilung, ob die Einrichtung eines Runden Tisches notwendig ist, wird nach Information über die aktuelle Situation erfolgen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Änderungsantrag

- einstimmig -

4 Gesundheitsfachplan Teilfachplan Hilfen für Bürgerinnen und Bürger der Stadt Leverkusen mit psychischen Problemen und Erkrankungen
- Nr.: 2016/0995

Aus Sicht von Rh. Müller (CDU) gibt die Vorlage alles wieder, was in Leverkusen angeboten wird. Er bedauert allerdings, dass das Beratungsangebot „jetzt.du“ erst ab einem Mindestalter von 15 Jahren erfolgt, da das Angebot für Jugendliche in Leverkusen weder qualitativ noch quantitativ ausreicht. Außerdem regt Rh. Müller (CDU) an, dass die Aktualisierung des Gesundheitsfachplans in einem kürzeren Turnus als 3-5 Jahre erfolgen sollte.

Frau BM Lux (SPD) lobt, dass erstmals ein Bericht zu dieser Thematik in hervorragender Form vorliegt und bedankt sich hierfür. Der Bericht zeige, was sich in den letzten Jahren bewegt habe, es werden jedoch auch Lücken aufgezeigt.

Deshalb sei es wichtig, dass im Bereich der Jugendlichen weiter gearbeitet wird.

Frau Vogt (Soziales) weist darauf hin, dass der vorliegende Gesundheitsfachplan sich überwiegend auf den Erwachsenenbereich bezieht. Für Kinder und Jugendliche müsste ein separater Bericht erstellt werden.

Rh. Müller (CDU) schließt sich der Meinung von Frau BM Lux (SPD) an und möchte, dass grundsätzlich über die Thematik regelmäßig informiert wird.

Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) schlägt vor, dass der Ausschuss unabhängig von der Aktualisierung des Gesundheitsfachplans Teilfachplan Hilfen für Bürgerinnen und Bürger der Stadt Leverkusen mit psychischen Problemen und Erkrankungen auch im Bereich Hilfen für Kinder und Jugendliche mit psychischen Problemen und Erkrankungen unterjährig informiert wird. Gegebenenfalls in gemeinsamer Beratung mit dem Ausschuss für Kinder- und Jugendhilfeausschuss.

Frau BM Lux (SPD) und Rh. Müller (CDU) stimmen dem Vorschlag zu.

Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass aus seiner Sicht auch der Fachbereich Kinder und Jugend (51) bei diesem Thema mit in´s Boot genommen werden müsste.

Außerdem sollte geklärt werden, was die Krankenkassen leisten müssen.

Die Kommunen würden schon viel leisten, könnten aber nicht alles abdecken. Deshalb bestehe die Notwendigkeit, dass die Krankenkassen mehr in die Pflicht genommen werden. Rh. Baake appelliert an die Fraktionsvertreter der Stadt Leverkusen beim Land NRW und beim Bund das zu thematisieren.

Der Vorsitzende Rh. Stefan Hebbel (CDU) schlägt vor, über die Vorlage abzustimmen und dass bei Bedarf von der Verwaltung berichtet wird.

Beschlussempfehlung an den Rat

Wie Vorlage

- einstimmig -

Information zur Situation der Flüchtlinge in Leverkusen

Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) berichtet, dass sich bei den Flüchtlingsströmen seit Beginn des Jahres eine Entspannung abzeichnet, die auch die Kommunen in NRW merken. Zurzeit erfolgen so gut wie keine Zuweisungen nach Leverkusen. Das liegt daran, dass die Erfüllungsquote der Zuweisungen in Leverkusen immer noch leicht über 100% liegt und zurzeit die Kommunen bedient werden, die die Quote unterschreiten. Hier zeige es sich, dass sich die intensive Arbeit im letzten Herbst bezahlt mache.

Es ist davon auszugehen, dass auch im April 2016 keine nennenswerte Anzahl von Zuweisungen nach Leverkusen erfolgen wird.

Momentan werden circa 1500 Landesplätze bei der Leverkusener Erfüllungsquote angerechnet. Das Land will diese Plätze reduzieren, was zu weiteren Zuweisungen führen wird, um dann wieder die Quote zu erfüllen.

Eine belastbare Prognose wie sich die Zahlen entwickeln werden, falle allerdings schwer, da es keine offiziellen Zahlen gibt.

Die Verwaltung wird im nächsten Sitzungsturnus eine Gesamtvorlage inklusive Fortschreibung zur Kapazitätenplanung vorlegen.

Die Aufgabe besteht darin, alle Bausteine für die Integration zusammen zu fügen, ein Konzept zu erarbeiten und dieses dann umzusetzen.

Des Weiteren geht es darum ein sinnvolles, aufeinander abgestimmtes Verfahren aller Akteure umzusetzen. In Sachen Bildung steht Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) mit dem Kommunalen Integrationszentrum (KI) im Dialog mit dem Dezernat IV.

In diesem Zusammenhang informiert Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) darüber, dass das Kommunale Integrationszentrum (KI) mit Frau Susann Peters eine neue Leiterin hat.

Um das Ziel zu erreichen, das gesamtstädtische Konzept mit der Aufgabe der Integration langfristig tragbar zu gestalten, möchte Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) mit den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren in einen zielorientierten Dialog einsteigen.

Durch das Kommunale Integrationszentrum (KI) wird zurzeit ein Zeitplan für die Überarbeitung des Integrationskonzeptes erstellt. Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) kündigt an, den Zeitplan dem Ausschuss vorzustellen und in die Diskussion mit den Mitgliedern des Ausschusses einzusteigen.

Elektronische Gesundheitskarte

Bezüglich der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge führt Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) aus, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnung noch nicht abgeschlossen ist und kündigt für den nächsten Sitzungstermin die Stellungnahme der Verwaltung an.

Rh. Beisicht (PRO NRW) meldet sich zu Wort und fragt nach dem Sachstand der geplanten Flüchtlingsunterbringungen an der Stauffenbergstraße. Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) verweist auf die Gesamtvorlage in der nächsten Ratssitzung.

Rf. von Styp-Rekowski (CDU) fragt nach der Unterbringung von Flüchtlingen in private Wohnungen. Im Jahr 2015 wurden rund 450 Personen in privaten Unterkünften untergebracht berichtet Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) und auch weiterhin erfolgt eine private Unterbringung von Flüchtlingen in großer Anzahl. Herr Schorn (SPD) ergänzt, dass in 2016 bereits 180 Wohnungen bezogen worden sind.

Rh. Müller (CDU) stellt die Frage, warum weitere Flüchtlingsunterkünfte geplant und fertig gestellt werden, wenn momentan keine Zuweisungen erfolgen.

Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) führt aus, dass die zurzeit bestehenden Überbelegungen in den vorhandenen Unterkünften erst mal durch die neuen Unterkünften abgebaut werden können. Des Weiteren geht die Verwaltung auch weiterhin von den bisher angenommenen Zuweisungszahlen im Jahr 2016 aus, so dass weiterhin Bedarf an zusätzlichen Unterkunftsplätzen besteht.

Frau Goldkamp (OP) interessiert, ob aufgrund der zurück gegangenen Zuweisungszahlen nun die Chance besteht, die Flüchtlingsunterkunft Sandstraße leer zu ziehen und zu sanieren. Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) entgegnet, dass man leider weit davon entfernt sei, Kapazitäten zu haben, um die Unterkunft leer zu ziehen. Somit kann auch keine Sanierung erfolgen.

Rh. Viertel (BÜRGERLISTE) möchte wissen, ob die Flüchtlingsunterkünfte in Manfort und Hitdorf weiterhin geplant sind. Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) verweist auch hier auf die Gesamtvorlage in der nächsten Ratssitzung.

Bericht des Dezernenten

Geförderte Schulsozialarbeiter-Stellen durch das Land NRW

Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) berichtet über den Erlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung NRW vom 02.02.2016 für Schulsozialarbeit, über den auch im Schulausschuss informiert wurde.

Aufgrund der hohen Anzahl neu zugewanderter Schülerinnen und Schülern richtet das Land neue Schulsozialarbeiter-Stellen ein.

Dem Regierungsbezirk Köln stellt das Land 27 Vollzeitstellen befristet vom 01.08.2016 bis 31.07.2019 zur Verfügung. Erwartet wird von den Kommunen, dass auf je zwei vom Land bewilligte Vollzeitstellen eine städtische Schulsozialarbeiter-Stelle kommt.

Der Kommune wird die Möglichkeit eingeräumt, bereits bestehende städtisch finanzierte Schulsozialarbeiter-Stellen als kommunalen Eigenanteil einzusetzen.

Die Bezirksregierung habe bereits signalisiert, dass ein Antrag der Stadt Leverkusen positiv beschieden werden würde.

Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) informiert darüber, dass in Abstimmung mit dem Schulamt für die Stadt Leverkusen vorgeschlagen wird, einen Antrag auf Einrichtung von 4 zusätzlichen landesgeförderten Schulsozialarbeiter-Stellen zu stellen.

Da im Fachbereich Kinder und Jugend derzeit fünf ausschließlich städtisch finanzierte Schulsozialarbeiter-Stellen als unbefristete Planstellen eingerichtet sind, ist die erforderliche Kompensation kostenneutral.

Allerdings muss heute davon ausgegangen werden, dass die zusätzlichen Stellen nach Ende der Förderung nur durch eine Grundsteuererhöhung gegenfinanziert werden könnten.

Die Antragsstellung muss bis zum 30.04.2016 beim Land gestellt sein.

Bildungskoordinator

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert ab 2016 für die nächsten zwei Jahre eine „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ durch sog. Bildungskoordinatoren.

Dieser soll als Ansprechpartner aller relevanten Bildungsakteure auf kommunaler Ebene fungieren und die Angebote koordinieren und optimieren.

Die Stadt Leverkusen nimmt bereits an dem Bundesprogramm „Bildung integriert“ teil, zum Aufbau eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements. So dass die Voraussetzung gegeben ist, die Förderung zu erhalten. Es ist beabsichtigt, den Bildungskoordinator in das Bildungsmanagement einzubinden und beide im Bildungsbüro zu verorten.

Der Fachbereich Schulen (40) wird zum 01.06.2016 den Antrag zur Förderung der kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte beim BMBF stellen.

Für die Stadt Leverkusen werden keine Personalkosten entstehen.

Parallel zur Antragstellung werden die Dezernate III (Bürger, Umwelt und Soziales) und IV (Schulen, Kultur, Jugend und Sport) die Verantwortlichkeiten im Kontext „Integration durch Bildung“ zwischen dem Bildungsmanagement und dem Kommunalen Integrationszentrum (KI) abstimmen.

Wie Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) bereits ausgeführt hat, hat das Kommunale Integrationszentrum (KI) mit Frau Susann Peters eine neue Leiterin. Ihre vordringlichste Aufgabe ist momentan die Fortschreibung des Integrationskonzepts.

Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) kündigt an, dass sich die neue Leiterin in einer der nächsten Ausschusssitzung persönlich vorstellen wird.

Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) informiert die anwesenden Mitglieder über eine im Stadtteil Rheindorf durchgeführte Umfrage von etwa 5.000 Haushalten im Rahmen des Projekts „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ). Die Umfrage wird durch die Hochschule Niederrhein durchgeführt, die mit einem Teilprojekt beteiligt ist.

Das Rheinische Bildungszentrum Köln gGmbH hat sich und seine Maßnahme „ZukunftsCheck“, die in Kooperation mit dem Jobcenter AGL durchgeführt wird, in der Sitzung des Schulausschusses vorgestellt. Herr Beigeordneter Märtens (Dezernat III) informiert darüber, dass angeregt wurde, dass das Unternehmen auch im hiesigen Ausschuss Gelegenheit bekommen soll, sich vorzustellen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Anregung zu, so dass die Verwaltung das Unternehmen in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses einladen wird.

Bei Interesse kann unter www.zukunftscheck-lev.de sich der Inhalt der Kooperationsmaßnahme vorab angesehen werden.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 02/2016)

Zusatzfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 02/2016) werden nicht gestellt.

Der Vorsitzende Stefan Hebbel schließt die Sitzung gegen 17:30 Uhr.

Stefan Hebbel
Vorsitzender

Eva-Maria Henßen
Schriftführerin